

CHRISTIAN SCHUBEL

Verbandssouveränität
und Binnenorganisation
der Handelsgesellschaften

Jus Privatum

84

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 84



Christian Schubel

Verbandssouveränität und
Binnenorganisation
der Handelsgesellschaften

Mohr Siebeck

Christian Schubel, geboren 1961; rechtswissenschaftliches Studium in Jena; 1990 Promotion; wissenschaftlicher Assistent in Jena und Heidelberg; 2001 Habilitation in Heidelberg; seit Oktober 2002 Professor für Zivil- und Wirtschaftsrecht an der Andrassy-Universität Budapest.

978-3-16-157941-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148132-1

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Claudia Wild in Stuttgart aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Bei der Verbandssouveränität handelt es sich um einen rechtsformübergreifenden Grundsatz des modernen Gesellschaftsrechts, der einerseits weitgehend anerkannt ist, obwohl er anscheinend keine ausdrückliche gesetzliche Regelung erfahren hat, der aber andererseits zunehmend inhaltlich so ausgehöhlt wird, dass seine Leistungsfähigkeit in Zweifel zu ziehen ist. Da offenbar einer rein rechtsdogmatischen Herleitung des Grundsatzes Grenzen gesetzt sind, will die vorliegende Untersuchung die Verbandssouveränität nach der entwicklungsbezogenen Methode von Levin Goldschmidt analysieren, und zwar als ein gesellschaftsrechtliches Strukturprinzip, das zum einen der intensiven Einflussnahme Dritter Grenzen setzt und zum anderen bei der näheren Ausgestaltung der inneren Verbandsverfassung zu beachten ist. Eingehend untersucht wird deshalb die Entwicklung des Binnenorganisationsrechts der Handelsgesellschaften, insbesondere im Verlauf des 19. Jahrhunderts, wobei nicht nur die Entwicklung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und vom rechtswissenschaftlichen Schrifttum systematisch aufgearbeitet wird, sondern auch die gesellschaftsrechtliche Praxis Berücksichtigung findet.

Die Abhandlung hat im Sommersemester 2001 der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Habilitationsschrift vorgelegen. Für die Veröffentlichung sind Rechtsprechung und Schrifttum bis Anfang 2003 eingearbeitet worden. Meinem verehrten Lehrer Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Hommelhoff danke ich herzlich, insbesondere für das stete Angebot zum geistigen Austausch und vielfältige wissenschaftliche Anregungen, die sich auch in der vorliegenden Untersuchung niedergeschlagen haben, sowie für persönliche und finanzielle Unterstützung, ohne die ich die Arbeit an dieser Schrift nicht hätte beenden können. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner den Herren Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Ulmer und Prof. Dr. Dr. h.c. Adolfs Laufs, die beide innerhalb kurzer Zeit ein Zweit- bzw. ein Drittgutachten angefertigt haben und so einen sehr zügigen Ablauf des Habilitationsverfahrens ermöglichten. Für die Gewährung von Stipendien zu danken habe ich der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bei den Korrekturarbeiten habe ich auf die Hilfe von Frau Constanze Döring, Frau Katrin Hauck, Frau Barbara Köhler und Frau Ivona Kovacevic zurückgreifen können. Ihnen allen danke ich ebenso wie dem Verlag für die zügige Drucklegung.

Wer sich mit dem deutschen Gesellschaftsrecht des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts intensiver beschäftigt, stößt immer wieder auf die Namen von Levin Goldschmidt, Hermann Makower, Hermann Staub, Jacob Friedrich Behrend, Viktor

Ring, Veit Hermann Simon, Jacob Rießer und Max Hachenburg. Bei ihnen handelt es sich um deutsche Juristen jüdischer Herkunft, die mit ihren wissenschaftlichen Beiträgen ganz wesentlich zur Entstehung des modernen deutschen Gesellschaftsrechts beigetragen haben, deren Nachkommen jedoch – vereinzelt sogar noch sie selbst – nur wenige Jahrzehnte später Opfer nationalsozialistischer Verfolgung geworden sind. Ich widme das Buch deshalb dem ehrenden Gedenken der deutschen Gesellschaftsrechtler jüdischer Herkunft.

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXI
§ 1 Einführung	1
§ 2 Zum Ausgangspunkt der modernen gesellschaftsrechtlichen Entwicklung.	35
§ 3 Konzessionierte Gesellschaften auf Aktien in der prälegislatorischen Phase	87
§ 4 Aktiengesetzgebung unter dem Konzessionssystem	151
§ 5 Recht der nicht konzessionierten Gesellschaften	191
§ 6 Aufhebung des Konzessionssystems	245
§ 7 Ausgestaltung des Normativsystems	287
§ 8 Verfestigung des Verbandssouveränitäts-Konzepts im Aktienrecht	363
§ 9 Zur weiteren Entwicklung des Personengesellschaftsrechts	411
§ 10 Ausstrahlungen des Aktienrechts	465
§ 11 Die Verbandssouveränität als Grundsatz des allgemeinen Gesellschaftsrechts	553
Literaturverzeichnis	621
Register	647

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
<i>§ 1 Einführung</i>	1
A. Bedeutung der Verbandssouveränität im modernen gesellschaftsrechtlichen Schrifttum	1
I. Rascher „Siegeszug“	1
II. Grundsatz des allgemeinen Verbandsrechts	3
III. Begründung der Verbandssouveränität	4
1. Herkömmliche Herleitung	4
2. Ergänzende Überlegungen	5
3. Übertragung des Selbstentmündigungsverbots gemäß § 138 BGB auf die juristische Person	6
B. Die Kritik	9
I. Alternative Konzepte	9
1. Die „Bahá'í“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	9
2. Verzicht auf den Verbandssouveränitäts-Grundsatz für das gesamte Vereinsrecht	12
3. Neubestimmung der Einflussmöglichkeiten außenstehender Dritter unter Rückgriff auf Institute des allgemeinen bürgerlichen Rechts	13
II. Einwand geringer Leistungsfähigkeit	18
III. Schleichende innere Erosion.	19
C. Das Untersuchungsprogramm	21
I. Nötige Fundierung der Verbandssouveränität	21
II. Unmittelbarer Ansatz am rechtsformübergreifenden Rechtsprinzip	22
III. Zusammenhängende Betrachtung beider Wirkfelder	24
IV. Entwicklungsbezogene Analyse	27

§ 2	<i>Zum Ausgangspunkt der modernen gesellschaftsrechtlichen Entwicklung</i>	35
A.	Am Beginn der gesellschaftsrechtlichen Neuzeit	35
I.	Spätmittelalterliche Fernhandelsgesellschaften	35
1.	Nahezu unbeschränkte gesellschaftsvertragliche Gestaltungsfreiheit	35
2.	Ungleiche Rechtsstellungen der einzelnen Gesellschafter	37
3.	Zuordnung von Kompetenzen	38
II.	Große Handelscompagnien	40
1.	Frühform der Aktiengesellschaft	40
2.	Oktroi und Reglement	41
3.	Innere Organisation.	44
III.	Einfluss der handelswissenschaftlichen Lehre von Johann Georg Büsch	47
1.	Person und Wirken	47
2.	„Gesellschafts-Handlung unter Privaten“	48
3.	„Öffentliche Handlungs-Compagnien“	49
B.	Das Gesellschaftsrecht im ALR, Code de Commerce und ABGB	51
I.	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten	51
1.	Überblick	51
2.	Zum Einfluss von Johann Georg Büsch	53
3.	Die „Einheitshandelsgesellschaft“	54
4.	Innere Organisation.	55
II.	Code de Commerce	57
1.	Überblick	57
2.	Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft	59
3.	Aktiengesellschaft	60
III.	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch	61
C.	Rechtsprechung und rechtswissenschaftliches Schrifttum bis gegen 1840. . .	64
I.	Rechtsprechung	64
1.	Überblick	64
2.	Schiedsgerichtsbarkeit.	67
3.	Cropp: „Vom correspondirenden Rheder“	69
II.	Handelsrechtliche Literatur	72
1.	Überblick	73
2.	Behandlung des Innenrechts	75
3.	Das Gutachten der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft	77
III.	Literatur des gemeinen deutschen Privatrechts	79
1.	Überblick	79
2.	Verweis auf das Recht der römischen Sozietät	80
3.	Die „Weiterentwicklung“ des Kündigungsrechts	81

D. Resümee.	85
<i>§ 3 Konzessionierte Gesellschaften auf Aktien in der prälegislatorischen Phase . . .</i>	<i>87</i>
A. Vom Oktroi- zum Konzessionssystem	87
I. Die staatliche Konzession	87
II. Statuten im Konzessionsverfahren.	90
III. Allgemeine rechtliche Regelungen.	94
B. Statutenpraxis.	97
I. Frühe Gründungen	97
II. Die preußischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften	101
1. Das Eisenbahnwesen als Impulsgeber	101
2. Ostelbisch-magdeburger Statuten-Familie	102
3. Rheinisch-westfälische Statuten-Familie	107
4. Erste praktische Erfahrungen.	109
5. Der preußische Staat als Gesellschafter	113
III. Aktiengesellschaften außerhalb Preußens	117
1. Sachsen.	117
2. Hessische Staaten.	122
3. Übrige Staaten	127
IV. Das Binnenorganisationsrecht der Aktiengesellschaften in der prälegislatorischen Phase	130
1. Gesellschafter-Gestaltungsfreiheit und Einflussnahme der Konzessionsbehörden.	130
2. Grundzüge der Binnenorganisation	132
3. Keine Verbandssouveränität bei konzessionierten Aktiengesellschaften. . .	134
C. Beginnende wissenschaftliche Aufarbeitung.	136
I. Treitschke: Einige Fragen, Actiengesellschaften betreffend (1841).	137
II. Pöhls: Das Recht der Actiengesellschaften (1842).	140
III. von Reden: Die Eisenbahnen Deutschlands (1843).	144
IV. Jolly: Das Recht der Actiengesellschaften (1847).	146
<i>§ 4 Aktiengesetzgebung unter dem Konzessionssystem</i>	<i>151</i>
A. Gescheiterte Entwürfe	151
I. Sächsischer Aktiengesetzentwurf von 1836/37	152
II. Württemberger Entwurf von 1839	153

B.	Das Preußische Aktiengesetz von 1843	156
I.	Vorgeschichte	156
II.	Konzessionierungs-Voraussetzungen	157
1.	Verzicht auf eine Regelung im Gesetz	157
2.	Ministerielle Instruktionen	159
III.	Innere Organisation der Aktiengesellschaft	160
1.	Lediglich rudimentäre gesetzliche Regelung	160
2.	Allmähliche Ausfüllung durch ministerielle Instruktionen	163
3.	Musterstatuten für Chausseebau-Aktiengesellschaften	164
C.	Weitere Entwürfe	167
I.	Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (1849) . . .	167
II.	Preußischer Entwurf eines Handelsgesetzbuches von 1857	169
III.	Kritik der Entwürfe im rechtswissenschaftlichen Schrifttum	172
D.	Das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch	175
I.	Die Nürnberger Beratungen	175
II.	Zum Streit um die staatliche Konzession	177
1.	Die „Gegenthesen“	177
2.	Hamburger Verhältnisse	178
3.	Auswirkungen auf die Behandlung des Innenrechts	180
III.	Das Aktienrecht des ADHGB	181
1.	Überblick	181
2.	Staatliche Oberaufsicht	181
3.	Innere Organisation	183
E.	Resümee	187
§ 5	<i>Recht der nicht konzessionierten Gesellschaften</i>	191
A.	Rechtstatsächliche Zustände	191
I.	Nicht konzessionierte Gesellschaften und industrieller Aufschwung	191
II.	Gesellschaften auf Aktien und andere Sonderformen	193
III.	Rechtsregime	195
IV.	Statutarische Praxis	198
B.	Rechtswissenschaftliches Schrifttum	204
I.	Überblick	204
II.	Gesellschaftsvertragliche Gestaltungsfreiheit	205
III.	Innere Organisation	207
1.	Leitbild und abweichende Gestaltungen	207

2. Geschäftsführung und Zuständigkeit der nicht geschäftsführenden Gesellschafter.	209
3. Kontroll-, Kündigungs- und Ausschlussrecht.	212
C. Gesetzentwürfe	214
I. Württemberger Entwurf von 1839	214
II. Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland	218
III. Preußischer Entwurf eines Handelsgesetzbuches	221
1. Offene Handelsgesellschaft.	222
2. Stille Handelsgesellschaft.	226
3. Stille Handelsgesellschaft auf Aktien	227
IV. Resümee.	228
D. Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch	230
I. Offene Handelsgesellschaft	230
1. Einführung des Einstimmigkeitsprinzips.	230
2. Konsequenzen	232
3. Information der Gesellschafter und Kündigung des Gesellschaft.	234
II. Kommanditgesellschaft	235
III. Kommanditgesellschaft auf Aktien	238
IV. Ausdifferenzierung der Handelsgesellschaftsformen und gesellschafts- vertragliche Gestaltungsfreiheit	240
§ 6 <i>Aufhebung des Konzessionssystems</i>	245
A. Entwicklung der aktienrechtlichen Praxis	245
I. In der letzten Phase des Konzessionssystems.	245
II. Statutenpraxis	247
1. Allgemeine Entwicklungstendenzen	247
2. Innere Organisation	248
3. Generalversammlung.	250
4. Minderheiten- und Sonderrechte.	253
III. Bestätigendes Resümee: Keine Verbandssouveränität unter dem Konzessions- system	256
IV. Die fremdverwalteten Aktiengesellschaften	259
1. Modell „Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft“ – Statuten- überlagernder Vertrag	259
2. Modell „Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft“ – unmittelbare statutarische Regelung	263
3. Wirtschaftliche Entwicklung der staatsverwalteten Bahnen	264

B.	Rechtswissenschaftliches Schrifttum	268
I.	Ablehnung des Konzessionssystems und Suche nach alternativen Schutzkonzepten	269
II.	Der aktienrechtliche Bestimmtheitsgrundsatz als strikt individualistisch fundiertes Schutzkonzept	272
1.	Herleitung und Inhalt.	272
2.	Aufnahme im rechtswissenschaftlichen Schrifttum	274
3.	Der Praxistest	275
III.	Behandlung verschiedener Einzelfragen	277
1.	Kompetenzen der Generalversammlung	277
2.	Die Gestaltungsfreiheit und ihre Grenzen.	278
3.	Aktionärsklage	279
C.	Die Novelle des Aktienrechts vom 11.6.1870	280
I.	Übergang zum Normativsystem	280
II.	Auswirkungen auf die innere Organisation.	281
III.	Einführung des Normativsystems und Verbandssouveränität	284
§ 7	<i>Ausgestaltung des Normativsystems</i>	287
A.	In Gründerjahren und großer Krise	287
B.	Rechtsprechung als Impulsgeber	291
I.	Fortentwicklung des Aktienrechts durch das Reichsoberhandelsgericht	292
1.	Verrechtlichung der inneren Organisation	292
2.	Aktionärsklagen.	295
3.	Grenzen der Selbstentmündigung.	301
4.	Würdigung des Gesamtkonzepts	304
II.	Besondere Konfliktträchtigkeit der fremdverwalteten Aktiengesellschaften	310
III.	Der Streit um die Rumänische Eisenbahn	315
1.	Zur Vorgeschichte.	315
2.	Das Urteil des Reichsgerichts	320
3.	Reflexionen im rechtswissenschaftlichen Schrifttum	324
C.	Die Aktienrechtsreform von 1884.	327
I.	Reformschrifttum	327
1.	Weitgehend übereinstimmende Kennzeichnung von Reformbedürfnis und -ansatz.	327
2.	Rechtfertigung des (geforderten) staatlichen Eingriffs in die Binnenorganisation der Aktiengesellschaft und erste Bestimmung der Reformschwerpunkte	330

3.	Generalversammlungskompetenzen	334
4.	Begrenzung von Dritteinfluss.	335
II.	Wichtige Vorarbeiten	338
1.	Bericht der Eisenbahn-Enquete-Kommission (1873)	338
2.	Preußische Denkschrift (1876).	339
3.	Gutachten des Reichsoberhandelsgerichts (1877)	342
III.	Das Gesetz vom 18.7.1884	345
1.	Ausdruck eines Konzepts gesetzlich abgesicherten Selbstschutzes.	345
2.	Beschlussfassung durch die Generalversammlung	346
3.	Abschied von tradierten Schutzkonzepten	349
4.	Schutz vor übermäßigem Dritteinfluss	353
5.	Ablehnung des Modells der fremdverwalteten Aktiengesellschaften	356
IV.	Die Verbandssouveränität als wesentlicher Bestandteil eines praxisbezogenen gesetzgeberischen Gesamtkonzepts	357
§ 8	<i>Verfestigung des Verbandssouveränitäts-Konzepts im Aktienrecht.</i>	363
A.	Weitere rechtstatsächliche Entwicklung des Aktienwesens	363
B.	Zuständigkeiten der Generalversammlung und Dritteinfluss	365
I.	Gesetzlich geregelte Kompetenzen	365
II.	Ungeschriebene Generalversammlungskompetenzen	368
1.	Erörterungen des rechtswissenschaftlichen Schrifttums	368
2.	Die „Grubenbahn“-Entscheidung des Reichsgerichts	372
3.	Die „Melasse“-Entscheidung	375
4.	Verhandlungen des 27. Deutschen Juristentages	380
5.	Bedeutung ungeschriebener Generalversammlungskompetenzen für die Realisierung der Verbandssouveränität	382
III.	Abwehr von Nichtgesellschafter-Einfluss	386
C.	Das Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897	391
I.	Eingeschränkter Reformansatz	391
II.	Nähere Bestimmung der ausschließlichen Generalversammlungskompetenz	393
III.	Strafvorschriften.	399
IV.	Fazit: Bestätigung des Verbandssouveränitäts-Konzepts durch den HGB- Gesetzgeber	401
D.	Exkurs: Genesis der aktienrechtlichen Satzungsstrenge.	402
E.	Der Grundsatz der Verbandssouveränität im Aktienrecht	405

§ 9	<i>Zur weiteren Entwicklung des Personengesellschaftsrechts</i>	411
A.	Überblick	411
I.	Die rechtstatsächlichen Verhältnisse unter der Geltung des ADHGB	411
II.	Rechtsprechung	413
III.	Rechtswissenschaftliches Schrifttum	414
B.	Rechtsprechung und rechtswissenschaftliches Schrifttum zur inneren Organisation der Personengesellschaften	415
I.	Keine nähere Ausfüllung des gesetzlichen Leitbildes	415
1.	Allgemeine Akzeptanz des gesetzlichen Grundmodells der Personen- gesellschaft	415
2.	Der Gesellschaftergesamtheit vorbehaltene Entscheidungen	417
3.	Beschlussfassung der Gesellschaftergesamtheit	422
4.	Kommanditgesellschaft	426
II.	Vom Leitbild abweichende vertragliche Regelungen	429
1.	Fehlende Reflexion der Gestaltungsfreiheit und ihrer Grenzen im Grundsätzlichen	429
2.	Beschlussfassung nach dem Mehrheitsprinzip	431
3.	Besondere vertragliche Regelung der Geschäftsführung und der Entscheidung von Grundsatzfragen	435
4.	Resümee: Auf dem Wege zur Entwicklung des tradierten personen- gesellschaftsrechtlichen Schutzinstrumentariums – Selbstorganshaft und Bestimmtheitsgrundsatz	438
III.	Weitere Einzelfragen	440
1.	Informationsrechte	440
2.	Aufkündigung, Austritt, Ausschluss	444
3.	Dritteinfluss	447
C.	Das Handelsgesetzbuch von 1897	450
I.	Abgleichung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch bei stark beschränktem Reformansatz	450
II.	Grundzüge der inneren Organisation	451
1.	Gesetzliches Leitbild und Gestaltungsfreiheit	451
2.	Unterscheidung zwischen gewöhnlicher Geschäftsführung und darüber hinausgehenden Angelegenheiten	452
3.	Beschlussfassung durch die Gesamtheit der Gesellschafter	454
III.	Keine Selbstregulierung bei schwerwiegenden Konflikten	456
IV.	Kommanditgesellschaft	460
D.	Verbandssouveränität bei Personengesellschaften	461

§ 10 Ausstrahlungen des Aktienrechts	465
A. Entwicklung des Genossenschaftsrechts bis zur Reform von 1889	465
I. Einzelstaatliche Genossenschaftsgesetze	465
1. Rechtstatsächliche Zustände Mitte des 19. Jahrhunderts	465
2. Preußisches Genossenschaftsgesetz von 1867.	467
3. Sächsisches Gesetz über die juristischen Personen	469
4. Vorläufiger Abschluss der Kodifikationsbemühungen im Genossen- schaftsrecht	471
II. Ausfüllung der Gestaltungsfreiräume	471
1. Musterstatuten	471
2. Rechtsprechung	475
3. Rechtswissenschaftliches Schrifttum	478
4. Die Genossenschaften in der Wirtschaftskrise nach 1873	482
III. Das Reichsgenossenschaftsgesetz von 1889	485
1. Innere Organisation der Genossenschaften als ein Schwerpunkt der Reform	485
2. Enge Anlehnung an die Regelungen der Aktiennovelle von 1884.	487
3. Vorstand und Aufsichtsrat	488
4. Kompetenzen der Generalversammlung	490
5. Minderheitenrechte und Schutz einer „unverfälschten Willensbildung“	493
IV. Fazit: Übernahme des Verbandssouveränitäts-Konzepts	495
B. Das GmbHG vom 20.4.1892.	497
I. Zur Verortung der GmbH im System der Gesellschaftsformen	497
II. Innergesellschaftliche Kompetenzverteilung.	500
1. Gesetzliches Leitbild	500
2. Möglichkeiten und Grenzen abweichender statutarischer Gestaltung	503
3. Ungeschriebene Kompetenzen der Gesellschafterversammlung	506
III. Beschlussfassung der Gesellschaftergesamtheit und Rechte der Minderheit	509
1. Beschlussfassung der Gesellschaftergesamtheit: gesetzliche Regelung und abweichende gesellschaftsvertragliche Gestaltung	509
2. Individual- und Minderheitenrechte	512
IV. Dritteinfluss	515
V. Der Verbandssouveränitäts-Grundsatz im GmbH-Recht	520
C. Entstehung des BGB-Vereinsrechts.	525
I. Die Regelungen des Vorentwurfs „Juristische Personen“ (1881 – 1883).	526
II. Beratungen der Ersten Kommission	530
III. Kritik am I. Entwurf.	534
IV. Beratungen der Zweiten Kommission	535
1. Ablehnung des Konzessionssystems	535
2. Kompetenzen der Mitgliederversammlung	536

3. Beschlussverfahren, Individual- und Minderheitenrechte	537
4. Reichweite der Gestaltungsfreiheit	539
V. Verbandssouveränität im Vereinsrecht	540
D. Herausbildung des rechtsformübergreifenden Geltungsanspruchs der Verbandssouveränität	541
I. Zur Relevanz der Fragestellung und zum Gang der Untersuchung	541
II. Fortbestand tradierter gesellschaftsrechtlicher Institute nach dem Inkraft- treten des BGB	542
III. Generalrevision des gesamten Gesellschaftsrechts am Ende des 19. Jahrhunderts	545
IV. Zuordnung der Verbandssouveränität zum allgemeinen Gesellschaftsrecht . .	548
<i>§ 11 Die Verbandssouveränität als Grundsatz des allgemeinen Gesellschaftsrechts . .</i>	<i>553</i>
A. Allgemeine Begründung	553
I. Genesis der Verbandssouveränität	553
II. Anliegen des Grundsatzes	558
1. Ermöglichung von Selbstschutz zwecks weitgehender Selbstregulierung .	558
2. Sorge um funktionsfähige Binnenorganisation	559
3. Keine Übernahme von Demokratie-Modellen	561
III. Wesentlicher Inhalt	563
1. Abstellen auf die Interessen der Mitgliedergesamtheit	563
2. Vorgaben für die Ausgestaltung der Binnenorganisation	565
3. Abwehr von Dritteinfluss	568
B. Überlegungen zur weiteren Entfaltung der Verbandssouveränität	570
I. Zwingende Zuständigkeit der Gesellschaftergesamtheit	571
1. Nähere Bestimmung der unentziehbaren und unverzichtbaren Gesellschafter-Kompetenzen als fortwährender Prozeß	571
2. Die „Holzmüller“-Doktrin vor dem Hintergrund der Verbands- souveränität	576
3. Zu große Unbestimmtheit der Kompetenzzuordnung?	582
II. Verbandssouveränität und Gesellschafterschutz	584
III. Verbandssouveränität und Machtbalance	589
IV. Einbindung der weiteren Gesellschaftsorgane	594
V. Faktische Fremdeinflüsse und die Eigendynamik rechtlicher Regulierung . . .	601
C. Die Verbandssouveränität in der Privatrechtsordnung	604
I. Der fundamentale Einwand: zwingende Geltung der Verbandssouveränität als Privatautonomie-Verstoß	604
II. Zu den Aufgaben des modernen Gesellschaftsrechts	605

III. Selbstschutz versus Staatsaufsicht	610
1. Nochmaliger Blick auf die historische Debatte	611
2. Reflexionen in den Äußerungen des aktuellen Schrifttums	616
3. Die Unentbehrlichkeit des zwingenden Geltungsanspruchs	617
Literaturverzeichnis	621
Register	647

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
ABGB	Allgemeines Gesetzbuch für die gesamten Deutschen Erbländer der Österreichischen Monarchie von 1811
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AKEG	Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft
AKO	Allerhöchste Kabinettsordre
AktG	Aktiengesetz
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAC	Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie
BAEG	Berlin-Anhaltische Eisenbahngesellschaft
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BFEG	Berlin-Frankfurter Eisenbahn-Gesellschaft
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt (des Norddeutschen Bundes bzw. der Bundesrepublik Deutschland)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHEG	Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft
BHG	Berliner Handels-Gesellschaft
BKEG	Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft
BMEG	Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft
BOIC	Brandenburgisch-Ostindische Compagnie
BSFEG	Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft
BStEG	Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	zirka
CREG	Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft

DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DEEG	Düsseldorf-Elberfelder-Eisenbahngesellschaft
ders.	derselbe
DG	Disconto-Gesellschaft
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DPVG	Deutsche Petroleumverkaufs-GmbH
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
E I	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Erste Lesung, 1888 (1. Entwurf)
E II	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Zweite Lesung, 1894/95 (2. Entwurf)
EAC	Elb-Amerikanische Compagnie
Einl.	Einleitung
e.V.	eingetragener Verein
f. / ff.	folgende (Seite[n])
FE	Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland von 1848/49 (Frankfurter Entwurf)
FHEG	Frankfurt-Hanauer Eisenbahn-Gesellschaft
FS	Festschrift
Fußn.	Fußnote
FWNB	Friedrich-Wilhelms-Nordbahn
GBI	Gesetzblatt
GenG	Genossenschaftsgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
Großkomm.	Großkommentar
GS	Gedächtnisschrift / Gesetzessammlung
GVOBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
hrsg. / Hrsg.	herausgegeben / Herausgeber
HZ	Holdheims Zeitschrift
i.d.F.	in der Fassung
insb.	insbesondere
i.S.	im Sinne
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
JbWg	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht / Kommanditgesellschaft
KK	Kölner Kommentar
KMEG	Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft

KZgRw	Kritische Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft
LB	Leipziger Bank
LCEC	Leipzig-Dresdner Eisenbahncompagnie
LDC	Leipziger Discontocasse
lit.	littera
LRS	Landrechtssatz
LZ	Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht
LZEG	Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaft
MAEG	München-Augsburger Eisenbahn-Gesellschaft
MHC	Magdeburger Handels-Compagnie
MHEG	Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft
Mio.	Million
MLEG	Magdeburg-Köthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft
Münch.Komm.	Münchener Kommentar
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NMEG	Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft
Nr.	Nummer
OAG	Oberappellationsgericht
OEG	Oberschlesische Eisenbahngesellschaft
OHG	Offene Handelsgesellschaft
o.J.	ohne Jahresangabe
OKEP	Ornontowitzer AG für Kohlen- und Eisenproduktion
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OT	Obertribunal
OTE	Entscheidungen des Königlichen Geheimen Ober-Tribunals
OTEG	Oppeln-Tarnowitz Eisenbahngesellschaft
PE	Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für die Preussischen Staaten von 1857 (Preußischer Entwurf)
PHGK	Preußische Handels-Gesellschaft zu Königsberg
preuß.	preußisch(e)
RBl	Regierungsblatt
Rdn.	Randnummer
REG	Rheinische Eisenbahngesellschaft
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt
RgEG	Rheingauer Eisenbahngesellschaft
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht des Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RJA	Reichsjustizamt
RJA-E I	Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für das Deutsche Reich von 1895 (vom Reichsjustizamt erarbeitet)
RJA-E II	Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für das Deutsche Reich von 1896 (vom Reichsjustizamt erarbeitet)
RNEG	Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft

ROHG	Reichsoberhandelsgericht
ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
RWG	Rhein- Weser-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft
RWK	Rheinisch-Westindische Kompagnie
S.	Seite
sächs.	sächsisch(es)
SAG	Sodener Aktien-Gesellschaft
SBEC	Sächsisch-Bayersche Eisenbahncompagnie
SBV	Schlesischer Bank-Verein
Seuff.A.	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
sog.	sogenannte(r)
SSEG	Sächsisch-Schlesische Eisenbahngesellschaft
Striet.A.	Archiv für Rechtsfälle, die zur Entscheidung des Königlichen Ober-Tribunals gelangt sind (Striethorst Archiv)
SZ	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung
TaEB	Taunuseisenbahn
TEG	Thüringische Eisenbahngesellschaft
u. a.	unter anderem / und andere
u. a.m.	und anderes mehr
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UmwG	Umwandlungsgesetz
VE-JP	Vorentwurf „Die juristische Person“
vgl.	vergleiche
VOBl	Verordnungsblatt
VSWG	Vierteljahresschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
WE	Entwurf eines Handelsgesetzbuches für das Königreich Württemberg von 1839/40 (Württembergischer Entwurf)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
Z.	Zeile
z. B.	zum Beispiel
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZLGA	Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZPÖRG	Zeitschrift für das Privat- und Öffentliche Recht der Gegenwart
ZRG Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
Zs.f.dt.R.	Zeitschrift für deutsches Recht
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
ZWLG	Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte

§ 1 Einführung

A. Bedeutung der Verbandssouveränität im modernen gesellschaftsrechtlichen Schrifttum

I. Rascher „Siegeszug“

In einem 1973 erschienenen Festschriftbeitrag beschäftigte sich *Herbert Wiedemann* mit der Errichtung von Beiräten bei Personengesellschaften¹. In der Praxis seien derartige Beiräte weit verbreitet, wenn auch mit verschiedenen Namen – Arbeitsausschuss, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat, Gesellschafterausschuss – und unterschiedlichen Funktionen. Da die Beiräte in vielen Fällen ganz oder überwiegend mit Nichtgesellschaftern besetzt würden, könnten sie „bei weitreichenden Kompetenzen zum Einfallstor außergesellschaftlicher und – je nach der Gesellschaftsferne der Beiratsmitglieder – auch gesellschaftswidriger Einflüsse werden.“ Berührt werde mithin die zu den Grundproblemen des Gesellschaftsrechts gehörende Frage, „ob und wie weit sich ein Verband absichtlich einer Fremdsteuerung durch Nichtgesellschafter unterwerfen“ könne².

Beantwortet wird diese Frage nach Ansicht *Wiedemanns* von einem gesellschaftsrechtlichen Strukturprinzip, das er als „Grundsatz der Verbandssouveränität“ bezeichnet³. Jener Grundsatz besage „in einer sehr allgemeinen Formulierung“, dass die Bestimmung des Schicksals einer Gesellschaft nicht außenstehenden Personen überlassen werden dürfe, welche nicht die gleichen Interessen verfolgten wie die Gesellschafter selbst und deren Rechtsübung man deshalb nicht ausreichend beschränken und kontrollieren könne. Stattdessen sollten die gesellschaftlichen Entscheidungen von Personen beherrscht werden, welche sich als Mitglieder oder als Organ mit den Belangen der Gesellschaft identifizierten; die man notfalls auch zu einer solchen Interessenwahrung verpflichten bzw. bei entsprechendem Fehlverhalten haftbar machen könne. Der Verbandssouveränität komme eine umfassende Breitenwirkung zu, da sie „auf allen Stufen der Gesellschaftsorganisation“ – von der Vertrags- bzw. Satzungsgestaltung bis hin zur Geschäftsführung – gelte. Begründen ließen sich die der Privatautonomie hiermit gesetzten Beschränkungen vor allem mit dem im Gesellschaftsrecht erforderlichen Selbstschutz: Es müsse verhindert werden, dass sich die Gesellschafter durch Delegation von Entscheidungsbefugnissen an außenstehende Dritte ihres notwendigen Interes-

¹ *Wiedemann*, Verbandssouveränität und Außeneinfluss, FS Schilling, S. 105 ff.

² *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105.

³ Zum Folgenden *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105, 111 f.

senschutzes begäben⁴. Hinzu komme ein Abschichtungseffekt, der alle Verbände kennzeichne, weil diese immer auf eine Zentralisation von Vermögen und Organisationsgewalt angelegt seien: Die Vereinheitlichung des Vermögens dokumentiere sich im gesellschaftlichen Sondervermögen; die Vereinheitlichung der Organisation in einer unabhängigen Entscheidungszuständigkeit. Schon diese Begründungszusammenhänge machten deutlich, dass es sich beim Grundsatz der Verbandssouveränität um eine variable Schranke der Privatautonomie handle; in dem Sinne, dass nicht jeder Dritteinfluss für unzulässig erklärt werde, ebenso wie nicht jedem Verbandsmitglied in allen Angelegenheiten der Gesellschaft ein Stimmrecht zustehen müsse⁵.

Schon vor *Wiedemann* hatte sich *Arndt Teichmann* in seiner Habilitationsschrift mit dem gleichen gesellschaftsrechtlichen Grundsatz befasst, den er allerdings noch nicht als Verbandssouveränität bezeichnet, sondern als „Verbot der Fremdsteuerung für konzernunabhängige Gesellschaften“ bzw. als „Prinzip der Selbststeuerung“⁶. Dieses Prinzip erfordere, dass „allein die Mitglieder einer Gemeinschaft den Gesamtwillen bilden ..., daß ihnen allein die gestaltende Verantwortung für das Geschehen zusteht und diese Verantwortung nicht an außenstehende Personen abgetreten werden kann.“⁷ Beide Autoren bestimmen mithin den allgemeinen Inhalt des Grundsatzes im wesentlichen übereinstimmend, doch wird dieser von *Teichmann* anders hergeleitet: Der Gedanke, die Stimmbefugnis des Aktionärs sei ein „politisches Recht“, das man nicht an Dritte abtreten dürfe, könne wegen der Gleichheit der Interessenlage „auf die Mitwirkung in einem Organ“ übertragen werden. Das „politische Recht der aktiven Mitwirkung, zum Nutzen der Gesellschaft verliehen und zu ihrem Ablauf unbedingt erforderlich“, setze die Mitgliedschaft notwendig voraus, denn die Mitgliedschaft als Legitimation der Mitwirkung gehöre zu den demokratischen Selbstverständlichkeiten, die sich an zahlreichen Stellen – an staatlichen Institutionen und in den Verbänden – nachweisen ließen⁸. *Teichmann* begründet das Fremdsteuerungsverbot aber nicht nur mit dem „Hineindringen demokratischer Selbstverständlichkeiten in das Privatrecht“; er fügt ein zweites – ergänzendes – Argument hinzu: Zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft bestehe ein vielfältiges Beziehungsgeflecht, das u. a. durch Treuepflichten und eine verbandsinterne Disziplinargewalt gekennzeichnet werde. Jenes Geflecht bilde die Grundlage der jeweils zu treffenden Entscheidungen; es werde empfindlich gestört, wenn ein Dritter mitwirke, der außerhalb des Verbundes stehe und aus diesem nicht die Impulse für seine Maßnahmen empfangen⁹.

Im Anschluss an *Teichmann* und *Wiedemann* hat der Grundsatz der Verbandssouveränität im gesellschaftsrechtlichen Schrifttum weite Verbreitung erfahren. Er erscheint nicht nur dort, wo es um die Kompetenzen eines mit Nichtgesellschaftern besetzten

⁴ *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105, 114.

⁵ *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105, 114.

⁶ *Teichmann*, Gestaltungsfreiheit in Gesellschaftsverträgen, 1970, S. 189 ff.

⁷ *Teichmann*, Gestaltungsfreiheit, S. 196.

⁸ *Teichmann*, Gestaltungsfreiheit, S. 191. Vgl. auch a.a.O., S. 108: Die Mitwirkung von Dritten an Aktionärsversammlungen widerspreche dem demokratischen Gebrauch.

⁹ *Teichmann*, Gestaltungsfreiheit, S. 191 f.

Beirates geht¹⁰, sondern ebenso bei der Beschäftigung mit Vereinbarungen über die Bindung des Stimmrechts zugunsten von außenstehenden Dritten¹¹ bzw. diesem Personenkreis gewährten statutarischen Weisungs-, Zustimmungs- oder Bestellungsrechten¹²; der näheren Ausgestaltung von Arbeitnehmerbeteiligungs-Modellen, bei denen den Belegschaftsvertretern keine Gesellschafterstellung eingeräumt werden soll¹³, sowie einer vereinbarten Mitbestimmung¹⁴; schließlich bei der Klärung von Grundfragen eines Konzernrechts für Personengesellschaften¹⁵. Nicht immer wird dabei explizit von der „Verbandssouveränität“ gesprochen, doch machen die nähere Ausfüllung der jeweils gewählten Bezeichnungen sowie die Verweise auf *Wiedemann* bzw. *Teichmann* regelmäßig deutlich, dass es prinzipiell um den gleichen Grundsatz geht, auch wenn man bei den Einzelheiten – worauf zurückzukommen sein wird – durchaus voneinander abweichende Akzente setzt: Recht häufig werden die Begriffe „Verbandsautonomie“ und „Verbandssouveränität“ weitgehend synonym verwendet¹⁶, verbreitet ist vom „Grundsatz der körperschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Selbstbestimmung“ die Rede¹⁷, ferner gebraucht man „Vereinsautonomie“ und „Vereinsouveränität“ in diesem Sinne¹⁸.

II. Grundsatz des allgemeinen Verbandsrechts

Schon im eingangs erwähnten Festschriftbeitrag vertritt *Wiedemann* die Ansicht, die in erster Linie für das Recht der Personengesellschaften entwickelten Überlegungen könnten ebenso auf die GmbH Anwendung finden¹⁹. Heute ist nahezu unbestritten, dass es sich bei der Verbandssouveränität um einen Grundsatz des allgemeinen Verbandsrechts handelt, ein Strukturprinzip mithin, das nicht nur bei den Personengesellschaften sowie der GmbH, sondern ebenso bei der Aktiengesellschaft, der eingetragenen Genossenschaft und selbst im Vereinsrecht Geltung beansprucht²⁰.

¹⁰ Vgl. etwa *Mertens*, FS Stimpel, S. 417, 420 f.; *Reuter*, FS 100 Jahre GmbHG, S. 631, 638 ff.; *Rohleder*, Beiräte, S. 73 ff.; *Teubner*, ZGR 1986, 565 ff.; *Voormann*, Beirat, S. 110 ff.

¹¹ Siehe z. B. *Flume*, Juristische Person, S. 240 ff.; *Herfs*, Einwirkung, S. 166 ff., 317 ff.; *Priester*, FS Werner, S. 657, 663.

¹² Vgl. nur *Beuthin/Gätsch*, ZHR 156 (1992), 459, 466; *Herfs*, Einwirkung, S. 117 ff., 130 ff.

¹³ Hierzu *Loritz*, ZGR 1986, 310 ff.

¹⁴ Vgl. *Hommelhoff*, ZHR 148 (1984), 118, 120 ff.

¹⁵ Etwa *Kleindiek*, Strukturvielfalt, S. 94 ff.; *Löffler*, Personengesellschaft, S. 28 f.; *Schiessl*, Personengesellschaft, S. 48 f.; *U.H.Schneider*, ZGR 1975, 253, 269 f., 279.

¹⁶ Vgl. nur *Reuter*, FS 100 Jahre GmbHG, S. 631, 638; *Zöllner*, FS 100 Jahre GmbHG, S. 85, 120 f.

¹⁷ Siehe z. B. *Beuthin/Gätsch*, ZHR 156 (1992), 459, 466; *Priester*, FS Werner, S. 657, 663; *Rohleder*, Beiräte, S. 77; *U.H.Schneider*, ZGR 1975, 253, 269, 279.

¹⁸ Vgl. *Flume*, Juristische Person, S. 189 ff., insb. 197, 242 f.; *Steinbeck*, Vereinsautonomie, insb. S. 31 ff.

¹⁹ *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105, Fußn. 2.

²⁰ Vgl. nur *Kleindiek*, Strukturvielfalt, S. 96; *K.Schmidt*, Gesellschaftsrecht, § 5 I 3; *Ulmer*, in: Großkomm. HGB § 109, Rdn. 31; *Wiedemann*, in: Großkomm. AktG § 179, Rdn. 5 ff.

Trotz der sehr verbreiteten Anerkennung der Verbandssouveränität hält man diese offenbar für einen gesellschaftsrechtlichen Grundsatz, dessen Bedeutungsgehalt noch nicht endgültig vermessen worden ist. Mitunter wird jedenfalls die Erwartung geäußert, die nähere Bestimmung der Verbandssouveränität könne eventuell noch weitere Erkenntnisfortschritte bei der Bewältigung verschiedener Sachprobleme erbringen: beispielsweise bei der Sicherstellung des gedeihlichen Funktionierens der GmbH als Dauerrechtsverhältnis²¹ oder beim Abbau der Wissensdefizite um die Binnenstruktur von Personengesellschaften²².

III. Begründung der Verbandssouveränität

1. Herkömmliche Herleitung

Als Ausdruck der allgemeinen Anerkennung, welche die Verbandssouveränität im letzten Vierteljahrhundert in der gesellschaftsrechtlichen Literatur erfahren hat, lässt sich gewiss auch die Tatsache begreifen, dass man es verbreitet nicht mehr für erforderlich hält, die Geltung dieses Grundsatzes besonders herzuleiten; oft wird insoweit lediglich auf die eingangs referierten Beiträge von *Teichmann* und *Wiedemann* sowie auf andere Äußerungen des rechtswissenschaftlichen Schrifttums weiter verwiesen²³. Konkret hat jedoch der Begründungsansatz *Teichmanns* (Hineindrängen demokratischer Selbstverständlichkeiten ins Privatrecht) recht häufig nachdrückliche Kritik erfahren²⁴. Er wird – soweit ersichtlich – heute nicht mehr explizit vertreten. Mehrheitlich begründet man die Verbandssouveränität stattdessen mit den beiden schon von *Wiedemann* herausgearbeiteten Aspekten: dem nötigen Selbstschutz der Gesellschafter und der bei allen selbständigen Verbänden erforderlichen Zentralisation einer unabhängigen Entscheidungszuständigkeit (Abschichtungseffekt)²⁵. Weitgehend einig ist man sich auch in der Einschätzung, § 137 BGB könne zur Begründung der Verbandssouveränität nicht herangezogen werden²⁶.

²¹ So *Hommelhoff*, Gestaltungsfreiheit, S. 45, unter Verweis auf *Zöllner*, FS 100 Jahre GmbHG, S. 85, 119 ff.

²² Siehe *K.Schmidt*, GS Knobbe-Keuk, S. 307, 317 f.

²³ Etwa *Hommelhoff*, ZHR 148 (1984), 118, 120; *Kleindiek*, Strukturvielfalt, S. 94; *Zöllner*, FS 100 Jahre GmbHG, S. 85, 119 f.

²⁴ Siehe schon *Reuter*, Schranken, S. 173 f.; ferner *Flume*, Personengesellschaft, S. 239; *Loritz*, ZGR 1986, 310, 325; *Schockenhoff*, AcP 193 (1993), 35, 58; *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 34 f.

²⁵ Vgl. *Herfs*, Einwirkung, S. 53 ff. Andere verkürzen den Begründungsansatz *Wiedemanns* auf den Selbstschutzgedanken, so z. B. *Löffler*, Personengesellschaft, S. 28; *Voormann*, Beirat, S. 112 f.

²⁶ Vgl. nur *Ulmer*, in: Großkomm. HGB § 109, Rdn. 31; *Wiedemann*, FS Schilling, S. 105, 113 f. Bei *Voormann*, Beirat, S. 113, heißt es, die Verbandssouveränität überschneide sich in ihren Auswirkungen mit § 137 BGB.

2. Ergänzende Überlegungen

Bei genauer Betrachtung zeigt sich das Meinungsbild allerdings nicht so uniform, wie es auf den ersten Blick erscheint: So wird von *Werner Flume* hervorgehoben, die Autonomie der körperschaftlichen juristischen Person sei zwar auf die Mitglieder bezogen, doch stehe den Mitgliedern die Privatautonomie nur „um der juristischen Person willen“ zu²⁷. Auf diese Weise solle möglichst gewährleistet werden, dass „die Herstellung des Willens für die juristische Person in autonomer, auf das Interesse der juristischen Person gerichteter Entscheidung der Mitglieder“ erfolge²⁸. Die Befugnis, in dieser Weise an der Herstellung des Willens der juristischen Person mitzuwirken, sei mitgliedsgebunden, weil man nur einem Mitglied, nicht aber einem Dritten die Autonomie der Entscheidung über die Ausübung der Vereinsautonomie überlassen könne²⁹. Auch bei den Personengesellschaften erfülle der einzelne Gesellschafter in der Mitwirkung am Geschehen der Gesellschaft nur seine Funktion als Mitglied der Gruppe, nicht anders als das Mitglied der juristischen Person. Was das Geschehen der Gesellschaft als solcher anbetreffe, gehe es daher ebenfalls nicht um die Wahrung der Selbstbestimmung für die einzelnen Gesellschafter, sondern nur um die Selbstbestimmung der Gesellschaft als Gruppe³⁰. Im Recht der Personengesellschaften stellt sich für *Flume* die Problematik von Selbst- und Fremdbestimmung aber nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für den einzelnen Gesellschafter, weil „die Unmittelbarkeit der Zugehörigkeit der Gesellschafter zur Gesellschaft als Gruppe der Willensbildung ihren personellen Bezug“ verleihe. Hier gehe es daher um zwei miteinander verbundene Fragen: Einerseits sei zu untersuchen, inwieweit Nichtgesellschafter die Willensbildung in der Gesellschaft beeinflussen dürften; andererseits müsse geklärt werden, wieweit sich der Gesellschafter hinsichtlich seiner Stimmabgabe binden könne, ohne seine Selbstbestimmung preiszugeben³¹.

Vollständig in den Hintergrund treten die Gesellschafter bei *Gunther Teubner*, für den der herkömmliche Begründungsansatz mit einem Konstruktionsfehler behaftet ist: Man stütze die organisationsbezogene Kategorie der Verbandssouveränität auf die individuenbezogene Kategorie der Gesellschafterinteressen; eine solche Reduktion der Souveränität des Verbandes auf die Parallelität von Individualinteressen werde jedoch der prinzipiellen Sphärentrennung von Organisation und Mitgliedern nicht gerecht. Da ein eigenständiges Organisationsinteresse anzuerkennen sei, lasse sich die Verbandssouveränität nur auf den Interessenschutz der Organisation stützen. Bezugspunkt der Verbandssouveränität habe deshalb der Verband als solcher zu sein³². Die Ansicht von *Teubner* hat sich nicht durchzusetzen vermocht³³; auch *Wiedemann* hat aber in Ergänz-

²⁷ *Flume*, Juristische Person, S. 201, 212.

²⁸ *Flume*, Juristische Person, S. 219.

²⁹ *Flume*, Juristische Person, S. 242.

³⁰ *Flume*, Personengesellschaft, S. 208.

³¹ *Flume*, Personengesellschaft, S. 230.

³² *Teubner*, ZGR 1986, 565, 567 ff.

³³ Ablehnend äußern sich u. a. *Rohleder*, GmbH-Beiräte, S. 81 f.; *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 47 f.

zung seiner früheren Argumentation betont, bei der Verbandssouveränität gehe es nicht nur um den Individualschutz: Die gesetzliche oder statutarische Ordnung des Gesellschaftslebens setze eine grundsätzliche Interessenparallelität der Gesellschafter voraus. Zwar könne diese Ordnung einzelne Konflikte zwischen den Sozien durchaus bewältigen, doch sei sie einer Abhängigkeit von den Fremdinteressen eines Nichtgesellschafters, der keinen rechtlichen und psychologischen Bindungen unterliege, nicht gewachsen³⁴. Ferner müsse beachtet werden, dass die Gesellschafter beim Ausgestalten der Satzung nicht nur über die eigene, sondern ebenso über die Willensfreiheit anderer Personen, nämlich ihrer Rechtsnachfolger, verfügten. Auch dies sei ein Grund dafür, dem Verband institutionellen Selbstschutz vor der Möglichkeit zu gewähren, das Schicksal des Zusammenschlusses mit korporativer Wirkung in die Hände Dritter legen zu können³⁵.

Ergänzende Überlegungen finden sich noch bei anderen Autoren: *Karl-Georg Loritz* hebt hervor, die Verbandssouveränität wolle u. a. verhindern, dass die Einflussnahme Dritter auf eine Gesellschaft mit den Grundprinzipien der Eigentumsordnung kollidiere. Da auch das gesellschaftsrechtlich vermittelte Anteilseigentum Eigentum sei, läge ein Verstoß gegen diese Grundprinzipien vor, wenn die Gesellschafterrechte auf Dauer nicht den Gesellschaftern, sondern Dritten zustünden³⁶. Ähnlich grundsätzlich verortet *Hans-Joachim Priester* die Verbandssouveränität: Wer eine freie Verbandsbildung zulasse, komme nicht daran vorbei, die zwingende Alleinzuständigkeit der Mitglieder zur Gestaltung der Verbandsordnung vorzusehen. Dieser Entscheidungsbefugnis könnten zwar gesetzliche Grenzen gezogen werden – vor allem durch eine Vorgabe mehr oder weniger starrer Organisationsschemata. Aber innerhalb dieser Grenzen müsse die Entscheidungsfreiheit über den Satzungsinhalt von rechtlich verbindlichen Außeneinflüssen freigehalten werden³⁷. Auf makroökonomische Zusammenhänge verweist *Uwe H. Schneider*: Aus Sicht der Wirtschaftsordnung habe die Verbandssouveränität die Funktion, für dezentrale Planungs- und Organisationseinheiten zu sorgen und damit die Voraussetzungen für die Entfaltung des Marktes mitabzusichern³⁸.

3. Übertragung des Selbstentmündigungsverbots gemäß § 138 BGB auf die juristische Person

In ihrer vor allem dem Vereinsrecht gewidmeten – aber ausdrücklich nicht auf dieses Rechtsgebiet beschränkten – Habilitationsschrift hat sich *Anja Steinbeck* mit der Herleitung der Verbandssouveränität beschäftigt³⁹. Da ihrer Ansicht nach die verschiede-

³⁴ *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht I, S. 371; vgl. auch *ders.*, in: *Großkomm. AktG* § 179, Rdn. 9.

³⁵ *Wiedemann* in: *Großkomm. AktG* § 179, Rdn. 9.

³⁶ *Loritz*, ZGR 1986, 310, 325 f.

³⁷ *Priester*, FS Werner, S. 657, 666.

³⁸ *U.H.Schneider*, ZGR 1975, 253, 269.

³⁹ Vereinsautonomie und Dritteinfluss: dargestellt an den Verbänden des Sports, 1999, S. 31 ff. Dazu, dass die Kernthesen der Arbeit über das Vereinsrecht hinausreichende Geltung beanspruchen, siehe insb. S. 32 f., auch S. 94 f., 97.

nen im rechtswissenschaftlichen Schrifttum vertretenen Begründungsansätze nicht überzeugen⁴⁰, untersucht *Steinbeck*, inwieweit sich die Verbandssouveränität auf das Verbot der Selbstentmündigung gemäß § 138 BGB stützen lässt, ob nicht „die Erwägungen, die herangezogen werden, um einer natürlichen Person zu verbieten, ihre Privatautonomie aufzugeben, nutzbar gemacht werden können, um das Verbot der völligen Aufgabe der Selbstbestimmung durch einen Verein und damit den Grundsatz der Vereinsautonomie ... zu begründen.“⁴¹ Zwar stünden Teile der Literatur einer Parallele zwischen natürlicher und juristischer Person kritisch gegenüber, hauptsächlich mit dem Argument, die Privatautonomie einer natürlichen Person sei in grundsätzlich anderer Weise zu schützen als die Autonomie des Vereins; diese These verwundere jedoch, wenn man sich vor Augen führe, dass „im Bürgerlichen Gesetzbuch eine grundsätzliche Gleichstellung von natürlicher und juristischer Person angelegt“ sei.⁴²

Übertrage man die in der Diskussion um ein allgemeines Persönlichkeitsrecht der juristischen Person gebrauchten Argumente auf die Selbstentmündigungsproblematik, so komme es entscheidend darauf an, ob auch die juristische Person ein schutzwürdiges Interesse daran habe, vor übermäßiger Fremdbestimmung geschützt zu werden⁴³. Insofern sei zu berücksichtigen, dass es bei der juristischen Person – anders als bei der natürlichen – nicht nur um die Freiheit zur Gestaltung der rechtlichen Beziehungen zu außenstehenden Dritten, mithin um eine „Entmündigung im Außenverhältnis“, gehe. Zusätzlich seien hier auch die inneren Beziehungen einer rechtlichen Regelung zugänglich, woraus die Möglichkeit einer Beeinflussung durch Dritte entstehe⁴⁴. Zu fragen sei nun, ob auch dieser innerorganisatorische Freiheitsraum eines Vereins dem Verbot der Selbstentmündigung unterliege. Da ein selbständiges – von den Interessen der Mitglieder völlig abgelöstes – Vereinsinteresse nicht existiere, könne bei den Schutzerwägungen nur auf die Vereinsmitglieder abgestellt werden: In ihrem „Ausgangspunkt“ gehe es der Vereinsautonomie um den Selbstschutz der Mitglieder; verhindert werden solle, dass sich diese durch die Delegation von Entscheidungsbefugnissen an außenstehende Dritte des erforderlichen Interessenschutzes begäben⁴⁵. Das Interesse der natürlichen Personen, übermäßige Fremdbestimmung abzuwehren, bestehe nämlich auch dann fort, wenn sich der Einzelne mit anderen zu einem Verein zusammenschließe; es kehre hier als Interesse des Vereins an körperschaftlicher Selbstbestimmung wieder. Da das Interesse der natürlichen Person, übermäßige Fremdbestimmung abzuwehren, nicht zur Disposition des Einzelnen stehe, müsse Gleiches für das Interesse des Vereins an körperschaftlicher Selbstbestimmung gelten. Folglich gelte das Verbot der Selbstentmündigung nach § 138 BGB auch im Rahmen der Vereinsautonomie⁴⁶.

⁴⁰ Vgl. *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 33 ff., 63.

⁴¹ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 43.

⁴² *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 43.

⁴³ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 44.

⁴⁴ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 45. Ähnlich (wenn auch reichlich naturalistisch) *Voormann*, Beirat, S. 113: „Die besondere Schutzbedürftigkeit der Gesellschaft ergibt sich daraus, daß ihr Entscheidungszentrum manipulierbar ist, vergleichbar allenfalls mit den Methoden einer Gehirnwäsche.“

⁴⁵ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 46 f.

In der Sache läuft die auf § 138 BGB gestützte Begründung der Verbandssouveränität durch *Steinbeck* damit weitgehend auf die herkömmliche Herleitung hinaus, welche allerdings auf einen (zumindest in der Tendenz) recht eng verstandenen Selbstschutzedanken (bloßes Verbot völliger Selbstentrechtung) verkürzt wird. Nicht sonderlich ertragreich erscheint auch der Versuch, für die nähere Bestimmung der Verbandssouveränität auf die Rechtslage bei der natürlichen Person zu blicken: Dort beschreibe man die Grenzen einer zulässigen rechtsgeschäftlichen Bindung regelmäßig mit allgemeinen Formeln, welche im Laufe der Zeit durch die Herausbildung von Fallgruppen (z. B. „Knebelungsverträge“) eine Konkretisierung erfahren hätten. Darüber hinaus bedürfe es „einer wertenden Betrachtung im Einzelfall, bei der die konkreten Umstände und die Belange der Parteien zu berücksichtigen sind.“⁴⁷

Im übrigen bleibt bei *Steinbeck* fast ohne jede Reflektion, dass die These, § 138 BGB untersage nicht nur die Selbstentmündigung natürlicher Personen, sondern ebenso die juristischer Personen, vom rechtswissenschaftlichen Schrifttum in Auseinandersetzung mit der „Petroleum“-Entscheidung des Reichsgerichts⁴⁸ intensiv diskutiert und von der weit überwiegenden Mehrheit der Diskussionsteilnehmer verworfen worden ist⁴⁹. *Robert Joss* hielt der Kritik am Reichsgericht entgegen, zumindest in einer „verfeinerten Anwendung“ ließe sich die Geltung der „Knebelungstheorie“ begründen⁵⁰: Stehe die Sittlichkeit eines Vertrages in Frage, so sei zu untersuchen, „inwieweit der Vertrag gegenüber den hinter der A.G. stehenden Menschen, d. h. ihren Aktionären und Gläubigern, unsittlich“ sei. Angewendet auf den Petroleumfall würde „dieses feinere Kriterium ... wenigstens teilweise zum gleichen Ergebnis, wenn auch nicht zum gleichen Urteil, führen“. Die in diesem Fall von der Gesellschaft eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen seien nämlich auch im Verhältnis zu den Aktionären als unsittlich anzusehen. Gerade bei Tochtergesellschaften komme sogar wegen „der üblichen Gefügigkeit der Verwaltung“ eine Schädigung der juristischen Person praktisch nicht in Frage, so dass ausschließlich die Minderheitsaktionäre – und seltener die Gläubiger – „als in ihren Rechten unter Umständen vergewaltigte physische Personen“ in Betracht kämen⁵¹. Auch dieser modifizierte Ansatz ist jedoch auf Ablehnung gestoßen⁵².

⁴⁶ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 51.

⁴⁷ *Steinbeck*, Vereinsautonomie, S. 53.

⁴⁸ RGZ 82, 308. Zu dieser Entscheidung ausführlich unter § 9 B IV.

⁴⁹ Zwar beruft sich *Steinbeck* für ihre Ansicht auch auf RGZ 82, 308, vgl. Vereinsautonomie, S. 51, Fußn. 201; für die Gegenmeinung wird jedoch lediglich auf einige neuere Beiträge sowie auf das Referat von *Würdinger* für den 42. Deutschen Juristentag von 1959 verwiesen, wo die Thematik aber nur ganz allgemein mit einer sehr knappen Bemerkung gestreift wird. Vgl. Verhandlungen des 42. DJT, Band II, F 15. Konkret wird die Anwendung von § 138 BGB auf die Selbstentmündigung juristischer Personen in dieser Zeit z. B. abgelehnt in den grundlegenden Untersuchungen von *Ernst-Joachim Mestmäcker*, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, 1958, S. 120 f., und *Konstantin Simitis*, Gute Sitten und ordre public, 1960, S. 37. Einen allgemeinen Überblick über die Diskussion der Problematik im rechtswissenschaftlichen Schrifttum der 20er und 30er Jahre geben *Friedländer*, Konzernrecht, S. 38 ff.; *Hommelhoff*, Konzernleitungspflicht, S. 2 f.; *Spindler*, Recht und Konzern, S. 76 ff.

⁵⁰ Zum Folgenden *Joss*, Konzernrechtsfragen im deutschen und schweizerischen Recht, 1935, S. 97, 101.

B. Die Kritik

I. Alternative Konzepte

1. Die „Bahá'í“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Für einige Bewegung in der Diskussion um die weitere Fundierung des Grundsatzes der Verbandssouveränität hat die Anfang 1991 ergangene „Bahá'í“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gesorgt⁵³. Mit diesem Beschluss soll das Gericht nach Ansicht des rechtswissenschaftlichen Schrifttums für den kirchlichen und religiösen Verein wesentliche Einschränkungen der Vereinsautonomie als mit dem Vereinsrecht des BGB für vereinbar erklärt haben⁵⁴. Andere sprechen von einer Reduktion des Grundsatzes „auf ein Minimum, so dass von Autonomie eigentlich nicht mehr die Rede sein kann“⁵⁵; woraus sogleich für die Praxis der weitere Schluss gezogen wird, dass „künftig der Begriff ‚Vereinsautonomie‘ in gerichtlichen Entscheidungen über die Satzungen kirchlicher Vereine keine Rolle mehr spielen darf.“⁵⁶ Schließlich wird behauptet, das BVerfG habe festgestellt, in Ausübung der ihm zustehenden Vereinsautonomie könne ein Verein seine Selbstbestimmung auch durch Unterwerfung unter den Willen eines außenstehenden Dritten wesentlich beschränken⁵⁷. Wenn die letztere Einschätzung zutrifft, so liegt der Entscheidung des BVerfG ein Konzept zugrunde, das sich vom bisher im rechtswissenschaftlichen Schrifttum weithin vertretenen Verständnis der Verbandssouveränität elementar unterscheidet.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich in diesem Verfahren mit der Verfassungsbeschwerde eines lokalen „Geistigen Rates“ der Bahá'í, einer schiitischen Religionsgemeinschaft, zu beschäftigen. Dem „Geistigen Rat“ war vom Registergericht die Eintragung ins Vereinsregister mit der Begründung verweigert worden, die von ihm vorgelegte Vereinssatzung widerspreche dem Grundsatz der Vereinsautonomie. Anstoß hatten die Gerichte u. a. an Satzungsvorschriften genommen, die dem „Nationalen Geistigen Rat der Bahá'í in Deutschland e.V.“ verschiedene Rechte vorbehielten: Der Nationale Rat sollte über den Ausschluss von Mitgliedern des örtlichen Rates befinden und ebenso über dessen „Zuständigkeit“; ferner bedurften Satzungsänderungen der Zustimmung des Nationalen Rates und schließlich war diesem ein konkurrierendes Auflösungsrecht eingeräumt worden. Den Einwenden des Registergerichts hatten die

⁵¹ Im Ansatz ähnlich auch schon A.Frowein, Knebelungsverträge bei juristischen Personen, 1927, S. 23: Der Begriff der unsittlichen Knebelung könne grundsätzlich nicht auf juristische Personen übertragen werden; eine Ausnahme müsse aber u. U. bei juristischen Personen mit stark personellem Charakter, wie z. B. eingetragenen Genossenschaften, gemacht werden, da mit der Knebelung einer solchen Gesellschaft gleichzeitig die Knebelung der sie bildenden physischen Personen verbunden sein könne.

⁵² Vgl. nur Mestmäcker, Konzerngewalt, S. 120.

⁵³ BVerfGE 83, 341.

⁵⁴ So Flume, JZ 1992, 238, 240.

⁵⁵ Schockenhoff, NJW 1992, 1013, 1017.

⁵⁶ Schockenhoff, NJW 1992, 1013, 1018.

⁵⁷ So Steinbeck, Vereinsautonomie, S. 21, 29, 53.

Vertreter des „Geistigen Rats“ entgegengehalten, die Einbindung eines örtlichen Rates in den hierarchischen Aufbau der Religionsgemeinschaft der Bahá'í sei zwingend durch deren Grundsätze und Prinzipien vorgegeben, welche auf göttlicher Offenbarung beruhten⁵⁸.

Zur Vereinsautonomie heißt es nun in der Entscheidung des BVerfG⁵⁹, Ziel des Grundsatzes sei es, „der Privatautonomie vergleichbar, den Charakter des Vereins als eines vornehmlich von der Willensbestimmung und -betätigung seiner Mitglieder getragenen Personenverbandes zu wahren“. In der Rechtsprechung werde hervorgehoben, diese Autonomie könne auch durch eine satzungsmäßige Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts des Vereins ausgeübt werden, weil es auf eine Beschneidung von Autonomie hinausliefe, falls man solche Regelungen für unzulässig erkläre⁶⁰. Der Grundsatz der Vereinsautonomie – „wie er in Rechtsprechung und Schrifttum verstanden wird“ – werde mithin von zwei „nicht notwendig parallel laufenden inhaltlichen Tendenzen“ geprägt: Einerseits schütze er „die Autonomie in der Bildung und organisatorischen Gestaltung des Vereins nach der freien Selbstbestimmung der Mitglieder, wozu auch die Einfügung in eine hierarchisch organisierte Gemeinschaft gehören“ könne, andererseits bewahre er die Selbstbestimmung der Mitglieder „vor einer Entäußerung, die die eigene Willensbestimmung nahezu vollständig zum Erliegen“ bringe. Beide Tendenzen des Grundsatzes seien bei dessen Auslegung und Anwendung unter Berücksichtigung des konkreten Falles, „d.h. auch bezogen auf Zweckausrichtung und Eigenart des in Frage stehenden Vereins, zum Ausgleich zu bringen.“

Beachte man nun die Eigenart religiöser Vereine, die sich als Teil einer Religionsgemeinschaft organisieren, so liege es angesichts der vielfach zu beobachtenden glaubensgebundenen hierarchischen inneren Organisation von Religionsgemeinschaften nahe, dass sich der einzelne Verein in die Hierarchie seiner Gemeinschaft einfügen wolle. Hierin dürfe nicht ohne weiteres die Unterwerfung – unter eine die Selbstständigkeit und Selbstverwaltung des Vereins im Kern treffende – Fremdbestimmung erblickt werden. Einschränkungen der autonomen Auflösungs-, Ausschluss- oder Betätigungsbefugnis könnten deshalb „bei einem religiösen Verein, der sich als Teilgliederung einer Religionsgesellschaft konstituiert“, nicht als eine mit der Vereinsautonomie unvereinbare Fremdbestimmung angesehen werden, „sofern sie der Sicherung der Einordnung in die größere Religionsgemeinschaften im Rahmen der bestehenden religionsrechtlichen Verknüpfung – etwa der Wahrung der Identität der Glaubenslehre und grundlegender glaubensbedingter Lebensführungspflichten – dienen und sich darauf begrenzen.“ Beanspruche die „übergeordnete Instanz“ für sich nur eine Art Lehramt und entsprechende Jurisdiktionsbefugnisse, verbleibe dem Verein ein hinreichender Bestand an Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit⁶¹. Dieser allgemeine Ansatz wird

⁵⁸ BVerfGE 83, 341, 349.

⁵⁹ Zum Folgenden BVerfGE, 83, 341, 358 f.

⁶⁰ Als Beleg für diese Ansicht wird auf KG, OLGZ 1974, 385, 387, und auf *Dütz*, 2. FS Herschel, S. 55, 73 ff. verwiesen. Die Gegenmeinung macht das Gericht lediglich an *Flume*, Juristische Person, S. 194 ff., fest.

⁶¹ BVerfGE 83, 341, 360 f.

Register

- Abberufung
 - von Aufsichtsratsmitgliedern 278, 348, 357, 362, 394, 489 f.
 - von Mitgliedern des Vorstandes 313, 326, 357, 568, 575, 598 f.
 - von Verwaltungsratsmitgliedern 114, 251
- Abspaltungsverbot 15
- ADHGB
 - aktienrechtliche Vorschriften 175, 181 ff., 273
 - Nürnberger Beratungen 169, 175 ff., 230 ff., 415 f., 423 f., 440 f., 555
 - Personengesellschaftsrecht 230 ff., 416, 429 ff.
- AHGBD-Entwurf v. 1849 167 ff., 173, 188, 218 ff., 226, 228 f.
- aktienrechtliche Satzungsstrenge 402 ff.
- Aktienrechtsnovelle v. 1870 280 ff., 329, 347, 556
- Aktienrechtsnovelle v. 1884 25, 28, 345 ff., 566 ff.
- Aktionärsklagen 148 f., 279 f., 295 ff., 333, 351 f., 546 f., 558
- Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch 61, 85 f., 207, 211, 232, 555
- Allgemeines Preußisches Landrecht 47, 51 ff., 58, 61, 64, 74, 77, 85 ff., 102 f., 108, 157, 159, 162, 169, 179, 187, 195, 197 ff., 207, 222 f., 230 f., 296, 423, 425, 434, 465, 475, 555
- Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft 129 f.
- Auflösung 9 ff., 39, 83, 98, 105, 108, 119, 133, 160, 171, 181, 188, 217, 219 f., 224 f., 227, 241, 251, , 254, 325, 334, 444 f., 456 ff., 470, 474, 490, 537, 554, 571 f., 574
- Aufsichtsrat
 - Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern 278, 348, 357, 362, 394, 489 f.
 - bei fremdverwalteten AG 313 f., 326
 - bei Genossenschaften 468 ff., 473 f., 477, 481, 484, 488 ff., 496 f.
 - bei GmbH 503 ff., 517 ff., 522 ff.
 - bei nicht konzessionierten Gesellschaften 413, 434, 437
 - Einführung des obligatorischen Aufsichtsrats 282 f., 403 f., 488
 - Ernennung der A.-Mitglieder durch den Staat 328
 - Kompetenzverlagerungen auf den A. 290, 299 f., 333 f., 341, 358, 365 ff., 371, 382, 395 ff., 566
 - Reform des Aufsichtsrats 332, 343
 - Regelungen der Aktiennovelle von 1884 348 ff.
 - Regelungen im ADHGB 32, 185 f., 239 f., 279 f.
 - Verantwortlichkeit von A.-Mitgliedern 283, 297 f., 333, 339, 352, 372 f., 375 ff., 495, 546, 596
 - Verhältnis zur Generalversammlung 360 ff., 374, 379 ff., 383 ff., 549, 576, 580
 - Verhältnis zum Vorstand 293, 310, 346, 369, 382, 398, 407, 477, 568, 590, 615
- Ausschluss 57, 217, 413, 416, 421, 434, 446, 456 ff., 476
- Außerordentliche Maßnahmen
 - bei konzessionierten AG 144, 256
 - bei Personengesellschaften 209 ff., 224, 233 f., 241, 415, 417 ff., 425, 427, 432 f., 438, 446, 453 f., 460
 - bei GmbH 505, 507 ff.
 - im Aktienrecht 277, 573
 - im Personengesellschaftsrecht des ABGB 63
- Autonomie 5, 7, 9 f., 15 f., 25, 126, 161, 388, 486, 605

- Badische Bank Mannheim 275 f.
 Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation 193 f.
 Badisches Landrecht 59, 193 f.
 „Bahai“-Entscheidung 9 ff.
Bähr, Otto 500, 614 f.
 „Barkschiff“-Entscheidung 425 f., 456, 462, 499 f., 510, 529, 532, 588
 Bayerische Hypotheken- und Wechselbank 97, 202
Behrend, Jacob Friedrich 331, 334, 336, 391, 421, 441, 547
 Beirat 1, 3, 17 f., 21, 592 f., 599 ff.
Bekker, Ernst Immanuel 330 ff., 336
Bender, Johann Heinrich 73 ff., 80, 211
 Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft 259 ff., 357
 Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft 68, 102 ff.
 Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft 102 ff., 144, 146, 325
 Bestellungsrecht 3, 8, 19, 23, 114 ff., 124, 135, 259, 599 f.
 Bestimmtheitsgrundsatz
 – im Aktienrecht 140, 271 ff., 384
 – im Personengesellschaftsrecht 439, 461
 Betriebsüberlassung 322 f., 326, 358
 Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation 403
 Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie 41 f., 44 ff.
 Breslau-Warschauer Eisenbahn AG 301 f., 550
 „Briggschiff“-Entscheidung 425 f., 456, 462, 510, 532, 588
Brinckmann, Carl Heinrich, Ludwig 172 ff., 188, 204 f., 209 ff., 222, 241, 378, 415, 422 f.
Broicher, Johann Karl Anton 167, 169
Büsch, Johann Georg 47 ff., 53 f., 73, 75, 81 f., 92, 163
 Code de Commerce 57 ff., 64, 67, 74, 86 f., 90, 99, 108, 152 f., 157, 167, 169, 187, 195, 207 f., 218, 228, 555
 Código de Comercio v. 1829 216, 226 ff.
Cropp, Friedrich 69 ff.
 Delegation von Entscheidungsbefugnissen 1, 8, 310, 343, 347 f., 366 f., 394 f., 397, 503, 600
 Direktion, siehe auch Vorstand
 – bei fremdverwalteten AG 29, 259, 310 ff., 357, 409, 564, 567, 569, 595 f.
 – bei Handelscompagnien 45 f., 50
 – Regelung in Musterstatuten 165 f.
 – Regelung in Satzungen konzessionierter AG 60, 98 ff., 103 ff., 114 ff., 119 ff., 133 ff. 248 ff., 572
 – Regelung in Satzungen nicht konzess. AG 199 ff.
 – selbständige Stellung 145
 Direktorium siehe Direktion
Drechsler, Karl 304, 320
 Dritt- bzw. Fremdeinfluss 13, 16 ff., 22 ff., 255, 311, 344, 447 f., 541, 601 ff., 616
 – Abwehr von Dritteinfluss 24, 26, 135 f., 335 ff., 353 ff., 386 ff., 399, 408 f., 462, 494 ff., 520, 568 f.
 – bei GmbH 515 ff.
Endemann, Wilhelm 173, 268 ff., 274 ff., 497
 Frankfurter Entwurf vgl. AHGBD-Entwurf
 Fremdgeschäftsführung 63, 80, 203, 242, 435, 448
 Fremddorganschaft 15, 24
 fremdverwaltete Eisenbahn AG 29, 117, 259 ff., 279, 310 ff., 356 f., 407, 409, 563 f., 567, 580, 595 f.
 Friedrich-Wilhelm Nordbahn 124 ff., 265
 funktionell bestimmter Organbegriff 594 ff.
Gebhard, Albert 526 f., 529, 537
 Gelegenheitsgesellschaft 35, 40, 49, 64, 73 f., 389, 421
 genehmigtes Kapital 252 f., 290, 572, 581
 Generalversammlung, siehe auch Gesellschafterversammlung und Mitgliederversammlung
 – als „höchstes Organ“ 359 ff., 497
 – der Handelscompagnien 45 f.
 – der konzessionierten AG 132 ff., 250 ff.
 – der nicht konzessionierten AG 201
 – gesetzliche Vorschriften für Genossenschaften 468 ff., 488 ff.

- Kompetenzen 142 f., 145 f., 203, 293, 300, 323 f., 334 ff., 341, 346 ff., 393 ff., 571 f.
- Omnipotenz der Generalversammlung 362, 369 f., 372, 374, 379, 497, 568, 589 f.
- Regelung der Kompetenzen im ADHGB 170, 186
- Regelung in AG-Satzungen 97 ff., 119 ff.
- Regelung in Genossenschaftssatzungen 465 f.
- Regelung in Musterstatuten 473 ff.
- unentziehbare Kompetenzen 344, 346 f., 351, 358 ff., 365 ff., 565 f., 574 f., 582
- ungeschriebene Kompetenzen 370 ff., 407, 549, 567, 575 ff., 582 f.
- Verhältnis zum Aufsichtsrat 360 ff., 374, 379 ff., 383 ff., 549, 576, 580
- Gerichtliche Inhaltskontrolle 22, 307 f., 616
- Gesellschafterklage
 - bei Genossenschaften 476 ff., 493, 546 f.
 - bei GmbH 514, 547
 - beim Verein 529 f., 532, 538 f., 547
 - in der AG 148 f., 279 f., 295 ff., 333, 351 f., 546 f., 558
 - in der bergrechtlichen Gewerkschaft 307 f.
- Gesellschafterversammlung 585 f., 590, 601, siehe auch Generalversammlung und Mitgliederversammlung
 - bei GmbH 25, 500 ff. 547, 567, 616
 - bei Personengesellschaften 60, 423
 - bei spätmittelalterlichen Fernhandels-gesell. 39
 - Beschlussfassung in G. 509 ff.
 - ungeschriebene Kompetenzen der G. 506 ff.
- Gesellschaftsvertrag 25, 55 f., 81, 152, 242, 405, 517, siehe auch Satzung
 - Änderung des G. 18, 26, 39, 78 f., 212, 224, 294, 391, 394, 432, 434, 447
 - befristeter Abschluss des G. 35, 82, 84
 - bei Genossenschaften 469, 475, 490
 - bei GmbH 502 ff., 523 ff.
 - bei Personenhandelsgesellschaften 59, 191, 193, 205 ff., 212, 215 ff., 232 ff. 244, 420 f., 427, 429 f., 432, 438, 444 f., 449, 453 ff.
 - bei spätmittelalterlichen Fernhandels-gesell. 35 ff., 85
- gesetzliches Leitbild
 - bei GmbH 499 f., 503 f.
 - im Aktienrecht 397
 - im Personengesellschaftsrecht 207 f., 220 f., 229, 240 ff., 410, 413, 415 ff., 423 f., 429, 435 ff., 451 ff., 461 ff., 555 ff.
- Gestaltungsfreiheit 18 ff., 35 f., 42 ff., 55, 58, 64, 79, 85, 91, 130 ff., 162, 198, 195 ff., 215, 228, 240 ff., 271, 285, 321, 331, 347, 404, 406, 409 f., 421, 429 ff., 438, 440, 451 ff., 461 f., 471, 482, 491, 499, 503, 509 ff., 524, 539, 541 f., 553 ff., 580, 594, 605, 608
- Goldschmidt, Levin* 27, 174, 188, 269, 304, 313 f., 319, 349, 414, 488, 499, 547
- „Grubenbahn“-Entscheidung 372 ff., 383, 385, 396, 421, 549, 575, 577, 591
- Grundlagenentscheidungen 26, 39, 57, 59, 76, 136, 325 f., 353, 374, 427, 438, 571, 582, 590, 601
- Grundlagengeschäfte siehe Grundlagen-entscheidungen
- Grimm, Franz Ferdinand* 167
- Günther, Carl Friedrich* 152, 196
- Hahn, Friedrich von* 175, 268, 304 f., 320, 420, 430
- Handelscompagnien 40 ff., 48 ff., 53, 66, 68, 75, 85 f., 91, 97, 131, 133, 554, 561, 563 f.
- Handelsrechtsreform v. 1897
 - Reform des Aktienrechts 391 ff.
 - Reform des Personengesellschaftsrechts 450 ff.
- Hauptversammlung siehe Generalversamm-lung
- Heise, Georg Arnold* 47, 69, 75 ff.
- Hofacker, Karl Ludwig Wilhelm von* 151, 153 ff., 214 ff.
- Hoffmann, Eduard* 545
- „Holzmüller“-Entscheidung 576 ff., 582, 593
- Jolly, Julius* 146 ff., 173, 246, 271, 279 f.
- Juristische Person 5, 7 f., 51, 158, 197 f., 526 ff.
- Kapitalerhöhung 57, 98, 109, 114 ff., 121 ff., 133 f., 140, 147, 155, 165, 180, 201, 251,

- 273, 290, 295, 334, 341, 344, 347, 354, 365 f., 395, 554, 572, 576, 580 f.
- bei GmbH 502 f., 517
- Kernbereich 134
- Kernbereichslehre 439, 593
- Knebelungsvertrag 8
- Konzession
 - Aufhebung des Konzessionssystems 246 f., 280 ff., 408, 558
 - Bedeutung 89 f., 154, 168, 170 ff., 177 f., 227, 257 f.
 - Erteilung, Verfahren 77, 86, 90 f., 154, 168, 194
 - Konzessionsbehörden 79, 91 ff., 99 f., 107 ff., 119, 128 f., 154, 158, 161 f., 168, 187 ff., 198, 203, 210, 248 f., 253, 256 ff., 279 ff., 291, 301 f., 309, 360, 472, 554, 565, 571, 580
 - Kritik am Konzessionssystem 138, 269 ff.
 - Konzessionssystem im Aktienrecht 77, 87, 90 ff., 126, 138, 141 f., 162 f., 176 f., 188 f., 229, 239, 246, 406, 411, 554 f., 561, 611 f.
 - Konzessionssystem im Vereinsrecht 526, 529, 531 ff., 540 f.
 - Rückkehr zum Konzessionssystem 328, 357, 559, 611 f.
- Konzernrecht 3, 30
- Korporation 51 f., 65, 88, 94 f., 156 f., 180
- Korporationsrecht siehe Korporation
- Kündigungsrecht 81 ff., 213 f., 217, 225, 235, 241, 413
- Lehmann, Karl* 371, 376 ff., 549
- Leipziger Discontocasse 91, 120 ff.
- Leipziger Bank 91 f., 121 ff., 137
- Letztzuständigkeit 12 f., 20, 26
- Machtbalance 146, 342 ff., 361, 382, 398, 407, 484, 568, 589 f., 593
- „Magdeburg-Halberstädter-Eisenbahn“-Entscheidung 299 f., 476
- Martens, Georg Friedrich von* 47, 73 ff.
- Meibom, Victor von* 305, 320
- Mehrheitsprinzip im Personengesellschaftsrecht 216, 220, 223 f., 230 ff., 241 f., 415 ff., 422 ff., 429 ff., 438 f., 446, 449, 454 ff.
- „Melasse“-Entscheidung 375 ff., 385, 421, 507, 547, 549, 576 f., 591
- Minderheitenrechte 253 ff., 278, 351 ff., 358, 386, 400, 493 ff., 512 ff., 525, 537 ff., 588 f., vgl. auch Minderheitenschutz
- Minderheitenschutz 20, 423, 439, 500, 525, 588 f., 612 f., vgl. auch Minderheitenrechte
- Mitbestimmung 3, 570
- Mitgliederversammlung 12 f., 532, 534, 548, 595, 616, siehe auch Generalversammlung und Gesellschafterversammlung
- Beschlussfassung in Mitgliederversammlung 537 ff.
- Kompetenzen der Mitgliederversammlung 436 f.
- München-Augsburger Eisenbahngesellschaft 127 ff.
- Musterstatuten 93, 119, 131 f., 270
- für Chausseebau-Aktiengesellschaften 164 ff., 572
- für Genossenschaften 471 ff., 480, 484, 496, 556, 573
- Musterverträge für GmbH 506, 513
- Neue Stettiner Zuckersiederei 156 f., 160, 193
- Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft 114 ff.
- numerus clausus der Rechtsformen 54 f., 207, 215, 218, 228 f., 240 f., 410, 555
- Nürnberger Beratungen 169, 175 ff., 230 ff., 415 f., 423 f., 440 f., 555
- Nürnberger Privileg v. 1464 37, 197, 206
- Oberschlesische Eisenbahngesellschaft 262 ff., 357
- Oechelhäuser, Wilhelm von* 362, 498 f.
- Oktroi, Oktroisystem 41 ff., 66, 77, 87, 89, 96, 191
- Omnipotenz der Generalversammlung 362, 369 f., 372, 374, 379, 497, 568, 589 f.
- Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahngesellschaft 251 f.
- Pape, Heinrich Eduard* 304, 342, 531 f.
- Parisius, Ludolf* 478 ff., 482, 510, 527, 547
- „Petroleum“-Entscheidung 8, 518 ff., 551
- Pöhls, Meno* 47, 74 ff., 140 ff., 147, 173, 378

- Pommersche-Central-Eisenbahngesellschaft 303, 339, 550
- Preußisches AktG v. 1843 114, 147, 156 ff., 164 f., 167, 169, 173, 181, 187, 199
- Preußischer HGB-Entwurf v. 1857 169 ff., 180 ff., 186 ff., 221 ff., 239 ff., 415, 422 f., 438, 451
- Preußische See-Assekuranz-Kompagnie 98
- Privatautonomie 1 f., 5, 7, 10, 14 f., 18, 21, 28, 178, 286, 331, 604 ff., 619
- Privileg 41 f., 51, 66, 68, 89 f., 94, 127, 195
- Rechenschaftspflicht 64, 76, 220, 224, 293, 334, 441 f., 585, 600
- Rechnungslegung 78, 212 f., 225, 234, 293, 442
- Rechtsformzwang 54
- Reden, Friedrich Wilhelm von* 144 ff., 342
- Regierungskommissar 128, 171 f., 187, 256 ff.
- Registergericht 9, 13, 436, 470
- Religionsgemeinschaft 9 ff.
- Renaud, Achilles* 140, 268, 270 ff., 349 ff., 361, 378, 384, 414 f., 418 f., 432 f., 437 f., 441, 448, 461, 479, 527 f., 562
- Rheinische Eisenbahngesellschaft 107, 111 f.
- Rheinisch-Westindische Kompagnie 67, 74, 80, 99 ff., 173
- Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft 263 ff., 310 ff., 357
- Rhein-Weser-Eisenbahn AG 107, 112, 136, 139, 259
- Rießer, Jacob* 381 f., 385, 397, 504 f., 523, 547
- Ring, Victor* 371, 387, 498, 547, 615
- Ritterschaftliche Privat-Bank zu Pommern 98
- „Rumänische Eisenbahn“-Entscheidung 28, 315 ff., 349, 357, 365, 368, 518 ff., 551, 596, 599
- Sächsische Maschinenkompagnie 118, 197
- Sächsischer AktG-Entwurf v. 1836/37 151 ff., 187
- Satzung, siehe auch Gesellschaftsvertrag
- bei fremdverwalteten AG 259 ff.
 - frühe gesetzliche Regelungen zum Inhalt von AG-Satzungen 95 ff.
 - im Konzessionsverfahren 90 ff., 99 f.
 - kirchlicher Vereine 9 ff.
 - Kompetenzverlagerungen in Satzung 333 f., 360, 362, 382, 505, 565, 580, 583
 - Rechte Dritter in der Satzung 12 f., 19 f., 599 f., 616
 - Regelungen in S. konzessionierter AG 67, 69, 80, 90, 97 ff., 146, 247 ff.
 - Regelungen in S. nicht konzessionierter AG 198 ff.
- Satzungsänderung 9, 19 f., 93, 100 f., 104, 108, 133 ff., 120, 123, 123, 133 f., 143, 155, 163 ff., 171 f., 180 f., 187, 201 f., 251, 254, 263, 272 ff., 286, 294, 301, 331, 343 f., 347 ff., 394 f., 398 f., 401, 466, 470, 474, 479 f., 490, 502 f., 505, 509, 524, 528, 532 f., 537, 571 f., 574, 593 f., 600
- bei Genossenschaften 466 f., 469 f., 473 ff.
 - behördliche Genehmigung von S. 96, 98, 126, 130, 134 f., 160, 163, 257, 286, 406, 554, 613
 - Einfluss Dritter auf S. 6, 12 f., 365, 367, 388, 517, 595, 616
- Sachs, Emil* 326 f.
- Savigny, Friedrich Carl von* 158, 195 f.
- Schiedsgericht, -klauseln 36, 63 ff., 67 ff., 86, 96, 136, 138 f., 149, 156, 185, 218, 248, 306 f., 517
- Schulze-Delitzsch, Hermann* 465, 478 f., 481 ff., 495
- Selbstbestimmung 3, 5, 7, 9 f., 14 ff., 20, 554, 560, 568
- Selbstentmündigung
- bei Genossenschaften 484 f., 496, 557, 566
 - Beschränkung der S. durch das ROHG 301 ff., 550 f., 569
 - Verbot der Selbstentmündigung 6 ff., 14 ff., 20, 310, 324, 348 f., 449 f., 478, 558, 605 f.
- Selbstorganschaft 15, 32, 439, 461
- Selbstregulierung 14, 83, 310, 408, 456, 462, 486, 496, 521, 532, 558 ff., 583, 593, 604, 611, 614
- Selbstschutz 1, 4, 7, 15, 24, 331, 345 f., 348, 383 f., 393, 401, 408, 431, 484, 487, 521, 558 ff., 578 ff., 582, 584 f., 593, 601, 605, 609 ff.

- Sicherer, Hermann von* 478 ff., 491, 527 f.
Simon, Hermann Veit 362, 378 ff., 515, 543
societas leonina 206, 215, 244, 431, 449
 Spätmittelalterliche Fernhandelsgesellschaften 35 ff., 44, 55, 85, 198, 555
 Staatliche Aufsicht 65, 69, 77, 171 f., 181 ff., 187 f., 256 ff., 282, 392, 411, 462, 486 f., 495, 521, 554, 556, 558 f., 611 ff.
 Staatliche Genehmigung 51, 89, 93, 96, 126, 141 f., 158, 162, 176, 239, 246
 Staatseinfluss 47, 50, 68, 77, 114, 124 f., 256 ff., 534
 Statuten, siehe Satzung
Staub, Hermann 376, 378 f., 427, 434 f., 442 f., 505 ff., 510, 514, 516 f., 524, 547, 549
 Stimmrecht 1, 78, 169
 – Beschränkungen des Stimmrechts 103 f., 108, 114, 119, 123, 130, 133, 136 f., 142 f., 155, 165, 170 f., 250, 283, 291, 335 f., 351, 386 f.
 – Bindung des Stimmrechts 3, 517 f., 524, 601 ff.
 – Regelung in Satzungen konzessionierter AG 103 f., 119, 123, 130
 – Stimmrechtsvollmacht 17
 Stimmverbote 613 f.
 Stimmrechtsvereinbarungen 3, 517 f., 524, 601 ff.
 Süddeutsche Handelsgesellschaften siehe spätmittelalterliche Fernhandelsgesellschaften

Thöl, Johann Heinrich 66, 167, 208, 268, 527
 „Trendelbusch“-Entscheidung 298 f.
Treitschke, Georg Karl 137 ff., 147, 173, 196, 204 f., 211 f., 271
 Treuepflichten 2, 14, 17, 596, 602 f.

 unentziehbare Kompetenzen 344, 346 f., 351, 358 ff., 365 ff., 565 f., 574 f., 582
 ungeschriebene Kompetenzen
 – der AG-Generalversammlung 370 ff., 407, 549, 567, 575 ff., 582 f.
 – der GmbH-Gesellschafterversammlung 506 f., 567
 ungewöhnliche Geschäfte siehe außerordentliche Maßnahmen

 Unternehmensgegenstand 110, 113, 120, 133 f., 272 ff., 290, 322, 326, 365, 374, 377 f., 391, 469

 Verbandsrecht
 – allgemeines 3, 304, 409, 542, 548 ff., 553, 619
 Verbandsautonomie 3, 25, 619
 Verbandsouveränität 1 ff., 388, 390 ff., 417, 528
 – Aktiennovelle v. 1870 und V. 284 ff.
 – als Grundsatz des allgemeinen Verbandsrechts 541 f., 548 ff., 553 ff., 570 f.
 – bei konzessionierten AG 134 ff., 256 ff.
 – bei nicht konzessionierten Gesellschaften 210, 228
 – bei spätmittelalterlichen Fernhandelsgesell. 36, 44
 – Entwicklung der V. durch die Rechtsprechung 271, 300, 310, 313 ff., 323 f.
 – im Aktienrecht 405 ff.
 – im Genossenschaftsrecht 477, 486, 490, 495 f.
 – im Gesellschaftsrecht des ALR 55
 – im GmbH-Recht 501, 503 f., 508 f., 520
 – im Konzept der Aktiennovelle v. 1884 341 ff., 347 f., 354, 357 ff., 560 ff., 579
 – im Konzept der HGB-Reform v. 1897 401 f.
 – im Personengesellschaftsrecht 67, 72, 228, 426, 461 ff.
 – im Vereinsrecht 532, 540
 – V.-Konzept von *Schulze-Delitzsch* 473 f., 481 ff., 495, 556
 – V. und Minderheitenrechte 352, 423, 493 f., 587 ff.
 – V. und Privatautonomie 604 ff.
 – V. und ungeschriebene Kompetenzen 382, 422, 577 ff.
 – wesentlicher Inhalt 563 ff.
 Vereinsautonomie 3, 5, 7, 9 ff., 616
 Vereinssouveränität 3
 Verwaltungsrat
 – Abberufung der Mitglieder des V. 114, 251
 – bei fremdverwalteten AG 259 ff., 325
 – bei Genossenschaften 468, 477, 481
 – bei Personengesellschaften 413

- Ernennung von V.-Mitgliedern durch den Staat 114, 124, 135
- Mitgliedschaft im V. 200, 293 f.
- Klage gegen Beschlüsse des V. 295 f.
- Kompetenzen des V. bei konzessionierten AG 105 ff., 110, 116, 145, 164, 248 f., 252 ff., 279, 309 f.
- Kompetenzen des V. bei nicht konzessionierten Gesellschaften 200 f., 203
- provisorischer V. 128
- Regelung des V. im Preuß. HGB-Entwurf 227, 240, 282
- Regelung in Satzungen konzessionierter AG 103 ff., 248 ff., 251 ff., 571 f.
- Regelung in Satzungen nicht konzessionierter AG 200 f., 203
- Viatis-Peller-Gesellschaft 37 f.
- Vorlagepflichten
 - Vorlagepflichten des AG-Vorstandes 370 ff., 548 f., 575 ff.
 - des GmbH-Geschäftsführers 591 ff.
- Vorstand, siehe auch Direktion
- Abberufung 313, 326, 357, 568, 575, 598 f.
- bei Genossenschaften 465 ff., 473 f., 476 f., 480 f., 484, 488 ff., 496 f.
- Ernennung von V.-Mitgliedern durch Dritte 312 ff., 322 ff., 326, 540, 599 f.
- im Vereinsrecht 527 ff., 535 ff.
- Regelungen im ADHGB 182 ff.
- Regelungen im Preußischen HGB-Entwurf 170 f.
- Verantwortlichkeit der V.-Mitglieder 148, 185, 229 f., 283, 286, 292, 297 ff., 314, 332 f., 337, 339, 344, 369, 372 f., 477 f., 494, 537, 615
- Verhältnis zum Aufsichtsrat 293, 310, 346, 369, 382, 398, 407, 477, 568, 590, 615
- Vorlagepflichten des V. 370 ff., 548 f., 575 ff.
- Weisungsrecht 3, 369
- Wetboek van Koophandel v. 1838 153 f., 158, 168, 187, 228
- Wiener, Heinrich 305, 320, 329, 343
- Willensbildung, Willensbildungsprozess 5, 10, 15, 22 f., 55, 60, 62, 64, 76, 142, 207, 216, 237, 256, 285, 407, 422, 439, 447, 484, 505, 521, 528, 531, 563 f., 567 ff., 585, 588, 590, 594 ff.
- Willensfreiheit 6
- Württembergischer HGB-Entwurf v. 1839 153 ff., 158, 168, 187, 214 ff., 222, 226, 228 f.

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Adolphsen, Jens*: Internationale Dopingstrafen. 2003. *Band 78*.
- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Barnert, Thomas*: Die Gesellschafterklage im dualistischen System des Gesellschaftsrechts. 2003. *Band 82*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Nichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Brors, Christiane*: Die Abschaffung der Fürsorgepflicht. 2002. *Band 67*.
- Bruns, Alexander*: Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung. 2003. *Band 74*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dethloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Dreier, Thomas*: Kompensation und Prävention. 2002. *Band 71*.
- Drexl, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Gsell, Beate*: Substanzverletzung und Herstellung. 2003. *Band 80*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‘sonstiges’ Recht. 1996. *Band 17*.
- Haedicke, Maximilian*: Rechtskauf und Rechtsmängelhaftung. 2003. *Band 77*.
- Hau, Wolfgang*: Vertragsanpassung und Anpassungsvertrag. 2003. *Band 83*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinemann, Andreas*: Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung. 2002. *Band 65*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Hofer, Sibylle*: Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53*.
- Huber, Peter*: Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58*.
- Jänich, Volker*: Geistiges Eigentum – eine Komplementärserscheinung zum Sacheigentum? 2002. *Band 66*.
- Jansen, Nils*: Die Struktur des Haftungsrechts. 2003. *Band 76*.
- Jung, Peter*: Der Unternehmergesellschafter als personaler Kern der rechtsfähigen Gesellschaft. 2002. *Band 75*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.

- Katzenmeier, Christian: Arzthaftung. 2002. *Band 62.*
- Kindler, Peter: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16.*
- Kleindie, Detlef: Delikthaftung und juristische Person. 1997. *Band 22.*
- Krause, Rüdiger: Mitarbeit in Unternehmen. 2002. *Band 70.*
- Luttermann, Claus: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32.*
- Looschelders, Dirk: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38.*
- Lipp, Volker: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42.*
- Mankowski, Peter: Beseitigungsrechte. Anfechtung, Widerruf und verwandte Institute. 2003. *Band 81.*
- Merkt, Hanno: Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51.*
- Möllers, Thomas M.J.: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18.*
- Muscheler, Karlheinz: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5.*
- Universalsukzession und Vonselbsterwerb. 2002. *Band 68.*
- Oechsler, Jürgen: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21.*
- Oetker, Hartmut: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9.*
- Ohly, Ansgar: „Volenti non fit iniuria“ Die Einwilligung im Privatrecht. 2002. *Band 73.*
- Oppermann, Bernd H.: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3.*
- Peifer, Karl-Nikolaus: Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52.*
- Peters, Frank: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1.*
- Raab, Thomas: Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41.*
- Reiff, Peter: Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19.*
- Reppen, Tilman: Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60.*
- Rohe, Mathias: Netzverträge. 1998. *Band 23.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39.*
- Saenger, Ingo: Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27.*
- Sandmann, Bernd: Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50.*
- Schäfer, Carsten: Die Lehre vom fehlerhaften Verband. 2002. *Band 69.*
- Schubel, Christian: Verbandssouveränität und Binnenorganisation der Handelsgesellschaften. 2003. *Band 84.*
- Schur, Wolfgang: Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61.*
- Schwarze, Roland: Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57.*
- Sieker, Susanne: Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56.*
- Stadler, Astrid: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15.*
- Stoffels, Markus: Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59.*
- Taeger, Jürgen: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13.*
- Trunk, Alexander: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28.*
- Veil, Rüdiger: Unternehmensverträge. 2003. *Band 79.*
- Wagner, Gerhard: Prozeßverträge. 1998. *Band 33.*
- Waltermann, Raimund: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14.*
- Weber, Christoph: Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44.*
- Wendeborst, Christiane: Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37.*
- Wiebe, Andreas: Die elektronische Willenserklärung. 2002. *Band 72.*
- Würthwein, Susanne: Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48.*